



**100 Milliarden**  
 Der »Zeitenwende«, dem »neuen Zeitalter« und der »180-Grad-Wende« in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik müsste eine breite gesellschaftliche Diskussion vorausgehen. Eine Stellungnahme.  
 Von Ingar Solty **SEITEN 12/13**

**5.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellen auf [jungewelt.de/abo](http://jungewelt.de/abo)**

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 17. MAI 2022, NR. 114 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

[WWW.JUNGEWELT.DE](http://WWW.JUNGEWELT.DE)

**Krieg gewählt**

NRW-Wahl: CDU und die Grünen gehen als Gewinner vom Platz. Siehe auch Kommentar Seite 8

**3**

**Justizreform verabschiedet**

Nach kontroversen Debatten: Kubas Parlament beschließt Gesetzespaket. Contras starten Kampagne

**7**

**Preise gestiegen**

Frankreich erlebt eine heftige Dürreperiode. Ernteaufträge werden die globale Lage verschärfen

**9**

**Arbeit eingesaugt**

Vampirismus als Metapher für den Kapitalismus – Julian Radlmaiers Film »Blutsauger«

**11**



# Nichts anfrrieren lassen

NATO intensiviert Aktivitäten im hohen Norden schon vor offiziellem Beitritt von Finnland und Schweden. **Von Reinhard Lauterbach**

Norwegische NATO-Soldatin bei Manöver »Cold Response« mit schwedischer und finnischer Armee (März 2022)

Die NATO hat den angekündigten Beitrittsantrag von Finnland und Schweden zur Kriegsallianz als Startschuss für verstärkte militärische Aktivitäten in Skandinavien genutzt. Wie das norwegische Portal *Barents Observer* am Sonnabend meldete, flog ein Tankflugzeug der US-Luftwaffe demonstrativ in relativ niedriger Höhe über die gesamte Länge des finnischen Staatsgebiets von Norden nach Süden und landete anschließend in Estland. Aufgabe der von einer Basis in Großbritannien gestarteten Maschine sei es im Ernstfall, Erdkampfflugzeuge in der Luft zu betanken und so ihre Reichweite zu erhöhen, erläuterte das Portal. Ebenso kündigte die US-Marine an, ihre Aktivitäten im Nordmeer zu erhöhen. Ein vor der Fertigstellung stehender neuer Flugzeugträger namens »George H. W. Bush« werde noch in diesem Sommer Häfen in Norwegen anlaufen, hieß es auf derselben Seite.

Die Atlantikflotte der USA wurde inzwischen auf 75 Schiffe, darunter sechs Flugzeugträger, verstärkt. Moskau hat Finnland und Schweden vor den Konsequenzen eines NATO-Beitritts gewarnt. Sie sollten sich nicht der Illusion hingeben, Russland werde diesen »destabilisierenden« Schritt tatenlos hinnehmen, so Vizeaußenminister Sergej Rjabkow in Moskau. Wladimir Putin erklärte am Montag: »Das verschärft die ohnehin nicht einfache internationale Lage auf dem Gebiet der Sicherheit.« In Finnland will das Parlament noch in dieser Woche offiziell über den Beitrittsantrag entscheiden. In der Ukraine hat die Armee des Landes ihre Geländegewinne nordöstlich von Charkiw offenbar ausgeweitet und an mehreren Punkten die Grenze zu Russland erreicht. Dies geht aus Meldungen ukrainischer Medien hervor. Der ukrainische Vormarsch an diesem Frontabschnitt beruhte demnach

darauf, dass hier relativ schlecht ausgebildete und motivierte Wehrpflichtige aus der sogenannten Volksmiliz der »Volksrepublik Lugansk« eingesetzt gewesen seien. Ein Teil von ihnen soll in den letzten Tagen desertiert sein und versucht haben, sich auf russisches Territorium zu retten. Mit dem ukrainischen Vormarsch wächst die Gefahr, dass der von Norden auf die Städte Slowjansk und Kramatorsk im Hinterland der Donbassfront vorgestoßene Verband südlich von Isjum abgeschnitten wird. Aus diesem Grund vermutete das US-amerikanische »Institute for the Study of War« am Montag, dass Russland das Operationsziel, den ganzen Donbass einzukesseln, inzwischen aufgegeben habe. Statt dessen versuche Moskau offenbar, einen »kleinen Kessel« rund um die Industrieregion zwischen Rubischne und Litschansk im Norden des Gebiets Lugansk zu bilden und wenigstens diese

Region vollständig zu erobern. Dabei verzeichneten die Russen offenbar kleinere Geländegewinne. Die Lugansker »Volksmiliz« behauptete, in Rubischne insgesamt sieben polnische und US-amerikanische Söldner getötet und ihre Papiere sichergestellt zu haben. Sie präsentierte außerdem Gefangene, die von polnischen Offizieren berichteten, die die ukrainische Verteidigung geleitet hätten. In Mariupol verließ nach Angaben aus Donezk eine Gruppe von zehn ukrainischen Offizieren das eingekesselte Stahlwerk mit weißen Fahnen, um mit der russischen Seite zu verhandeln. Zuvor hatte Putin eine Feuerpause »aus humanitären Gründen« angeordnet. Vertreter der ukrainischen Kämpfer im Stahlwerk haben mehrfach öffentlich kritisiert, dass die Regierung in Kiew nichts getan habe, um sie zu entsetzen oder ihnen zu erlauben aufzugeben.

**Tausende 2022 in Booten über Ärmelkanal geflohen**



London. Im laufenden Jahr sind bereits mehr als 8.000 Menschen in kleinen Booten über den Ärmelkanal von Frankreich nach Großbritannien gelangt. Das geht aus Daten der britischen Regierung hervor, wie die Nachrichtenagentur PA am Montag meldete. Die Zahl der Bootsflüchtlinge am Ärmelkanal steuert damit auf einen Rekord zu. Der Trend geht schon seit Jahren nach oben. Im Vorjahreszeitraum waren es etwa 3.100 Menschen, vor zwei Jahren 1.340. Allein am vergangenen Wochenende erreichten mehr als 600 Menschen die englische Küste auf diesem Weg. Laut der neuen »Asylpolitik« der Regierung soll künftig in Großbritannien einer großen Zahl der »illegal« eingereisten Migranten kein Recht auf Asyl mehr gewährt werden. Sie sollen stattdessen nach Ruanda geschickt werden und dort einen Antrag stellen können. (dpa/jw)

**Abstimmung über Aufrüstung verschoben**

Berlin. Die Ampelkoalition verschiebt die für diese Woche geplante Abstimmung über das 100-Milliarden-Programm für die Bundeswehr. Nach dpa-Informationen vom Montag wurde der Punkt von der Tagesordnung des Bundestags genommen. Grund sei, dass die Koalition »zerstritten ist«, so der CDU-Haushaltspolitiker Mathias Middelberg. Das betreffe die Formulierung im Grundgesetz, »aber auch die Festlegung auf das NATO-Ziel, zwei Prozent der Wirtschaftsleistung in die Verteidigung zu investieren«. SPD, FDP und Grüne wollen über ein »Sondervermögen« 100 Milliarden Euro in die Aufrüstung investieren. Für eine dafür zur Umgehung der »Schuldenbremse« notwendige Grundgesetzänderung ist die Ampel auf Unterstützung der Union angewiesen. Die Koalitionspartner seien aber dagegen, das Zwei-Prozent-Ziel im Grundgesetz zu verankern, sagte der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour. (dpa/jw)

# Chinas Industrieproduktion eingebrochen

Null-Covid-Strategie bremst zweitgrößte Volkswirtschaft. Beijing bleibt dennoch optimistisch

Die Beschränkungen durch die Null-Covid-Strategie in China bremsen die zweitgrößte Volkswirtschaft stärker als erwartet. Die Industrieproduktion fiel im April überraschend um 2,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat, wie das Statistikamt am Montag in Beijing berichtete. Auch die Einzelhandelsumsätze brachen deutlicher als vorhergesagt ein, und zwar um 11,1 Prozent. »Es sind die schlimmsten Daten seit März 2020«, sagte der Vorsitzende der EU-Handelskammer, Jörg Wuttke, mit Blick auf den Beginn der Pandemie.

War China knapp zwei Jahre lang recht gut durch die Pandemie gekommen, stellt die Ankunft der sich schnell verbreitenden Omikron-Variante die Null-Covid-Strategie auf eine Probe. Aus einem viertägigen Lockdown mit Ausgangssperren im 26 Millionen Menschen zählenden Wirtschafts- und Finanzzentrum Shanghai wurden bisher sechs Wochen. Millionen steckten auch in anderen Metropolen in ihren Wohnungen fest. In Beijing sind zahlreiche Nachbarschaften abgeriegelt. Die meisten Geschäfte und viele U-Bahnhöfe der Hauptstadt sind

geschlossen. Millionen müssen im Homeoffice arbeiten. Wie Vertreter der EU-Handelskammer berichteten, ist der Transport im Land stark zurückgegangen. Güterverkehr zwischen Städten sei schwierig. Betriebe müssten ihre Produktion aussetzen oder reduzieren. Lieferketten seien unterbrochen. Nach Angaben von Experten bekommt auch Deutschland die Lieferengpässe über höhere Preise zu spüren. Der Sprecher des Statistikamtes, Fu Linghui, ist dennoch optimistisch: »Der Covidausbruch im

April hatte große Auswirkungen auf die Wirtschaft, aber die Folgen werden kurzfristig sein«, erklärte er am Montag vor der Presse in Beijing. Die guten langfristigen Grundlagen der chinesischen Wirtschaft seien unverändert. Wenn die Covidmaßnahmen Fortschritte machten und die Politik zur Stabilisierung der Wirtschaft ihre Wirkung zeige, sei zu erwarten, dass sich die Konjunktur wieder schrittweise erhole. Ob das Wachstumsziel der chinesischen Regierung von 5,5 Prozent aber noch erreicht werden kann, ist unsicher. **Susanne Knütter**

**jw** wird herausgegeben von 2.629 Genossinnen und Genossen (Stand 29.4.2022)  
[www.jungewelt.de/lpg](http://www.jungewelt.de/lpg)

